

wdk POSITION

Die Probleme der NIS2-Richtlinie für die deutsche Kautschukindustrie – hoher Verwaltungsaufwand, Unklarheiten bei Haftung und Meldepflichten

Einleitung

Die NIS2-Richtlinie stellt die Kautschukindustrie vor erhebliche Herausforderungen, insbesondere wegen der unklaren Betroffenheit und der hohen administrativen Anforderungen. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und die Unternehmen nicht übermäßig zu belasten, ist eine klare und harmonisierte Umsetzung der Richtlinie erforderlich. Staatliche Unterstützung in Form von finanziellen Hilfen und praxisnahen Leitfäden sowie ein offener Informationsaustausch sind entscheidend, um die Kautschukindustrie bei der Bewältigung dieser Herausforderungen effektiv zu unterstützen. Nur so kann diese systemrelevante Branche ihre wichtigen Beiträge im wirtschaftlichen und gesamtstaatlichen Gefüge weiterhin leisten und gleichzeitig die geforderte Netz- und Informationssicherheit gewährleisten.

1. Unklare Betroffenheit und hohe administrative Lasten

Unklare Definition betroffener Unternehmen

Ein zentrales Problem der NIS2-Richtlinie ist die Unklarheit darüber, welche Unternehmen genau unter die Regelungen fallen. Insbesondere Unternehmen des Handels und der Lagerung von Chemikalien können betroffen sein, wenn sie für den eigenen Produktionsprozess möglicherweise als kritisch eingestuft werden. Diese Unsicherheit führt zu erheblichen Planungsproblemen und zusätzlichen administrativen Aufwänden, da Unternehmen präventiv Maßnahmen ergreifen müssen, um mögliche Sanktionen zu vermeiden.

Hohe administrative Anforderungen

Die NIS2-Richtlinie fordert umfassende Dokumentations- und Meldepflichten, die insbesondere für KMU schwer zu bewältigen sind. Diese Anforderungen umfassen regelmäßige Sicherheitsbewertungen, Berichte über Sicherheitsvorfälle und die Implementierung

aufwändiger Sicherheitsmaßnahmen. Viele mittelständische Unternehmen der Kautschukindustrie verfügen jedoch nicht über eigene IT- oder Compliance-Abteilungen. Die Folge ist, dass sie gezwungen sind, externe Dienstleister zu beauftragen, was wiederum die Betriebskosten erheblich erhöht.

2. Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit

Wettbewerbsnachteile durch höhere Kosten

Die Einhaltung der NIS2-Richtlinie verursacht signifikante Kosten, die vor allem kleinere Unternehmen stark belasten. Diese zusätzlichen Kosten können sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirken, da größere Unternehmen, die über mehr Ressourcen verfügen, diesen Mehraufwand leichter tragen können. Dies führt zu einer Wettbewerbsverzerrung zugunsten größerer Marktteilnehmer und kann langfristig zu einer Marktkonzentration führen, da kleinere Unternehmen aus dem Markt gedrängt werden könnten.

Bürokratische Hürden

Die bürokratischen Anforderungen der NIS2-Richtlinie stellen eine erhebliche Hürde dar und widersprechen damit dem Postulat des Bürokratieabbaus. Beispielsweise müssen Unternehmen umfassende Nachweise über die Umsetzung von Sicherheitsmaßnahmen führen und diese regelmäßig aktualisieren. Dies erfordert nicht nur technische Expertise, sondern nimmt erhebliche zeitliche Ressourcen in Anspruch, die in kleineren Unternehmen häufig nicht in ausreichendem Maß vorhanden sind. Zudem besteht die Gefahr, dass durch die strengen Vorgaben Innovationen behindert werden, da Unternehmen Ressourcen von der Entwicklung neuer Produkte zur Einhaltung der NIS2-Anforderungen umleiten müssen.

3. Unsicherheit bei Meldepflichten und Haftung

Unklare Meldepflichten

Die NIS2-Richtlinie enthält detaillierte Vorgaben zu Meldepflichten bei Sicherheitsvorfällen. Allerdings ist unklar, welche spezifischen Vorfälle gemeldet werden müssen und wie diese Meldungen genau zu erfolgen haben. Diese Unsicherheit bedeutet ein unangemessenes Risiko für die Unternehmen, da Fehlmeldungen oder unterlassene Meldungen zu Sanktionen führen können.

Haftungsfragen

Die Haftungsregelungen im Rahmen der NIS2-Richtlinie sind ebenfalls nicht eindeutig. Es ist unklar, in welchem Umfang die Geschäftsführung persönlich haftbar gemacht werden kann, wenn Sicherheitsvorfälle nicht gemeldet oder Sicherheitsmaßnahmen nicht ausreichend umgesetzt werden. Diese Unsicherheit kann zu erheblichen rechtlichen Risiken für die Geschäftsführung führen und beeinflusst möglicherweise die Bereitschaft, Führungspositionen in betroffenen Unternehmen zu übernehmen.

4. Bedarf an staatlicher Unterstützung

Finanzielle Unterstützung und Leitfäden

Angesichts der hohen Kosten und der komplexen Anforderungen der NIS2-Richtlinie ist eine staatliche Unterstützung zwingend erforderlich. Es ist notwendig, dass der Staat finanzielle Hilfen bereitstellt, um KMU bei der Implementierung der notwendigen Sicher-

heitsmaßnahmen zu unterstützen. Darüber hinaus sollten leicht zugängliche und praxisnahe Leitfäden erstellt werden, die den Unternehmen helfen, die Anforderungen der Verordnung zu verstehen und korrekt umzusetzen.

Harmonisierung und Klarheit

Eine klare und harmonisierte Umsetzung der NIS2-Richtlinie auf europäischer Ebene ist entscheidend, um Wettbewerbsnachteile für deutsche Unternehmen zu vermeiden. Die Anforderungen dürfen dabei nicht über die Vorgaben der europäischen Richtlinie hinausgehen, da dies zusätzliche Belastungen für Unternehmen in Deutschland bedeuten würde. Die Bundesregierung sollte sich auf EU-Ebene für klare und praktikable Regelungen einsetzen, die die speziellen Bedürfnisse und Strukturen deutscher mittelständischer Unternehmen berücksichtigen.

5. Förderung eines sicheren Informationsaustauschs

Niedrigschwellige Teilnahmebedingungen

Der Informationsaustausch zwischen Unternehmen und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) muss so gestaltet werden, dass er für alle betroffenen Unternehmen zugänglich ist. Dies bedeutet, dass die Teilnahmebedingungen möglichst niedrigschwellig sein sollten, um einen breiten Zugang zu sicherheitsrelevanten Informationen zu ermöglichen. Eine offene und transparente Kommunikation kann dazu beitragen, dass Unternehmen frühzeitig auf Bedrohungen reagieren und ihre Sicherheitsmaßnahmen entsprechend anpassen können.

Schlussfolgerung

Die deutsche Kautschukindustrie steht durch die Umsetzung der NIS2-Richtlinie vor erheblichen Herausforderungen. Dieses Gesetz zielt auf die Erhöhung der Cybersicherheit ab, führt jedoch in der mittelständisch geprägten Branche zu einem erheblichen Verwaltungsaufwand und Unsicherheiten, insbesondere hinsichtlich der konkret betroffenen Unternehmen, deren Haftung und unklaren Meldepflichten.

Der Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie e.V. (wdk)

Der Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie e.V. (wdk) ist die Spitzenorganisation der deutschen Hersteller von Bereifungen und Technischen Elastomer-Erzeugnissen. Er vertritt über 200 Unternehmen mit knapp 70.000 Beschäftigten und einem Gesamtjahresumsatz von mehr als zehn Milliarden Euro.

Frankfurt am Main, Juli 2025